

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis im Oktober: 2. Woche M. 25 000 000.  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
Innereutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 4 000 000 M. ; Girokonto N. 50 bei d.  
Oberamtsparcasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haderle u. Co.  
Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren  
Raum i. Bez. Grundr. M. 30 anherb. 35 einschl. Inf.-  
Steuer. Restsumme 70 M. Bei größeren Aufträgen  
Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Ausfertigung  
werden jew. 2 000 000 M. mehr berechnet. Schluß der  
Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Kontur-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 239

Samstag

Wildbad, Samstag, den 13. Oktober 1923

Seite 179

58. Jahrgang

### Politische Wochenschau

In der Reichstags-Sitzung vom 6. Okt., als der Reichskanzler Dr. Stresemann mit seinem zweiten Kabinett der Großen Koalition vor den Reichstag trat, begann er seine Regierungserklärung mit dem freimütigen Bekenntnis, daß seine Politik Frankreich gegenüber geschweigt sei. Er habe den passiven Widerstand bedingungslos drangehen wollen, um mit den Befehungsmächten in unmittelbare Verhandlungen über die gemeinsamen Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu kommen. Seine Vorschläge seien schroff abgewiesen worden, und er müsse gestehen, daß er sich im Gegener gelassen habe. Die Rede, die Poincaré am Tag darauf in Ligny gehalten hat, bekräftigte die Worte des Kanzlers nur allzu sehr. Welches auch immer die Männer seien, die morgen die Geschichte Deutschlands lenken, wir (Franzosen) wollen uns frei bleiben. Und Poincaré erläuterte dieses Treiben noch näher, daß die französische Regierung fortfahren werde, für die „Sicherheit“ Frankreichs und die Entschädigungszahlungen dauernde Bürgschaften zu fordern, und daß sie genaue „Vorschläge“ erst entgegennehmen werde, wenn sie an Ort und Stelle d. h. im besetzten Gebiet festgestellt habe, daß der Widerstand aufgehört habe und daß die geschuldeten Sachleistungen ungekürzt ausgeführt werden. Die Franzosen und Belgier haben aber die Wirtschaft und die Eisenbahnen im besetzten Gebiet teils aus Unfähigkeit, teils aus bössartiger Berechnung so in Grund und Boden hinein verdorben, daß Monate vergehen werden, ehe auch beim besten Willen und größten Fleiß die deutsche Produktionsfähigkeit im Ruhrgebiet nur annähernd den früheren Stand erreichen kann. Oder vielmehr, man kann behaupten, sie wird ihn nie wieder erreichen, denn die feindliche Verwaltung legt die Ausweisungen in verstärktem Maß fort und davon werden gerade die tüchtigsten Kräfte unter den Beamten, Ingenieuren, Angestellten und Arbeitern betroffen. Wer könnte noch zweifeln, daß das Ruhrgebiet nach einem festen Plan dauernd geschwächt werden soll? Die Beweggründe sind ja nicht schwer zu finden. Auf der einen Seite gilt es, die französische Industrie von einem überlegenen Wettbewerb zu befreien und das größte deutsche Industriegebiet zu einem tributpflichtigen Kohlen- und Kohlelieferanten der französischen Großindustrie herabzubringen. Andererseits bietet ein geschwächtes Ruhrgebiet die „dauerhafte Bürgschaft für Frankreichs Sicherheit“, denn wie soll das bettelarme Deutschland daran denken, die rücksichtslos von ihm eingeforderten Kriegsschadigungen zu zahlen, wenn ihm das Ruhrgebiet nicht mehr zur Verfügung steht; wenn darum Frankreich einen dauernden Vorwand hat, „Verfehlungen“ Deutschlands „festzustellen“ und die Besetzung immer wieder zu verlängern. Machen wir uns doch endlich von jeder Selbsttäuschung frei: Rhein- und Ruhrland sind mit der bedingungslosen Einstellung des passiven Widerstands für das Reich verloren gegangen. — so lange verloren, bis die Deutschen einmal sich so weit wieder ermannen und moralisch und wirtschaftlich gestärkt haben, um die uralte deutsche Westmark dem sächsischen Räuber wieder zu entreißen. Keine fremde Hilfe wird sie uns wiederbringen. Der amerikanische Präsident Coolidge hat es dieser Lage ausdrücklich abgelehnt, im Nachkrieg auch nur den Vermittler zu spielen; er schaut sich, vor der bevorstehenden Präsidentenwahl sich auf europäische Angelegenheiten festzulegen. Die eigenen Wahlangelegenheiten sind den Amerikanern überhaupt viel wichtiger, als die Wirren in Europa, und sie sind froh, daß sie sich von der schmutzigen Geschichte losgelöst haben, an der allerdings gerade sie die meiste Schuld tragen.

Auch von England und der britischen Reichskonferenz ist nichts zu erwarten. Lord Curzon hat wohl auf der Konferenz andere Töne zur Entschädigungsfrage Frankreich gegenüber angeschlagen als der Erstminister Baldwin, den man wohl als ein willen- oder machtloses Werkzeug der englischen Franzosenpartei, der Diehards, zu betrachten hat. Eine geschickte Hand hat aber eine andere Frage ins Spiel geworfen, die das Interesse Englands in der nächsten Zeit ganz in Anspruch nehmen und von der Entschädigungs- bzw. der Ruhrfrage ablenken soll. Das ist die Frage, ob England und mit ihm die Kolonien seines Weltreichs ein großbritisches Schutzsystem einführen bzw. ausbauen oder zum vollen Freihandel zurückkehren soll, der durch die Finanzpolitik während und wegen des Krieges aufgegeben worden war. Daß gerade jetzt, wo die nach Baldwin's eigenen Worten vertragswidrige Politik Poincaré's in der Ruhrfrage ans Ziel gelangt und England vor die Wahl gestellt ist, entweder vollständig zu kapitulieren oder ein Nachwort namens des verarmten Weltreichs zu sprechen, die Diehards

### Tagespiegel

Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno hat dem Präsidenten Coolidge im Weißen Haus in Washington einen Besuch abgestattet.

In einem Gespräch mit einem amerikanischen Pressevertreter sagte Lloyd George, er glaube, daß Amerika und England sich verständigen werden, um der Welt einen vernünftigen Frieden zu geben. Dazu bedürfte es seines geschriebenen Vertrags.

Der Reichspräsident hat eine Stenotrotverordnung erlassen, durch die Steuern auf Goldmark aufgewertet und wertbeständig gemacht werden. Die Zwangsanleihe soll eingestellt werden, die Brotabgabe valorisiert erhoben werden. Gleichzeitig werden Vereinfachungen im Steuerwesen vorgenommen.

Das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes bei der Abstimmung am Samstag nachmittag ist noch unbestimmt. Wird es abgelehnt, so erfolgt die Auflösung des Reichstags. Nach Lage der Dinge ist wohl damit zu rechnen, daß das Gesetz Annahme findet.

Wie in Sachsen und Thüringen, so finden auch in Hamburg und Frankfurt a. M. Annäherungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten statt.

Im Ruhrgebiet betrachtet man das französische Vordringen, mit einzelnen Industriegruppen Abmachungen zu treffen, als einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte, der den Zweck hat, das Ruhrgebiet politisch abzuschneiden.

Sich auf einmal so eifrig für die Schutzollfrage ins Zeug legen, ist zu verdächtig, als daß sich einem nicht die Vermutung aufdränge, die Aufmerksamkeit des englischen Volks solle künstlich in eine andere Richtung gebracht und auf eine abgewohnte Frage der inneren Politik eingeleitet werden, nachdem in der äußeren Politik England sich so wenig Lorbeeren geholt hat.

Nichts könnte Poincaré in diesem Augenblick willkommener sein, als wenn England sich in der Ruhrfrage selbst ausschaltete. Mit Deutschland hat er, wie er selbst sagte, das Spiel gewonnen. Frankreich betrachtet sich schon vollkommen an den Herrn der besetzten Gebiete und schaltet und waltet, wie es ihm beliebt. Die Ausweisungen gehen jetzt tausendweise vor sich; die Polizei wird abgesetzt, ausgewiesen oder eingesperrt, oder wegen „Mords“ vors Kriegsgericht gestellt. Die Kassen der Reichsbanken und öffentlicher oder privater Betriebe werden geleert. Im Gnadenweg will die französische Regierung entlassene oder ausgewiesene deutsche Beamte wieder zulassen, aber nur solche „rheinischer Abstammung“, wenn sie sich der französischen Herrschaft freiwillig unterwerfen. „Preußen“ sollen unbedingt ausgeschlossen bleiben. Beamte dürfen überhaupt nur mit Genehmigung der Rheinlandkommission im besetzten Gebiet ernannt werden. Was fehlt noch zur französischen Provinz? Nur noch die Ausrufung der berückichtigten „Rheinischen Republik“. Dann hat die Reichsregierung überhaupt nichts mehr an Rhein und Ruhr zu sagen. Die Sonderzüge zur nächsten Hauptversammlung der Sonderbündler sind von der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung schon zur Verfügung gestellt.

Während es sich nun in den Westmarken um das Schicksal von 12 Millionen Deutschen handelt, hat man in Berlin eine viel wichtigere Sorge gehabt: wegen der Frage, ob der achtstündige Arbeitstag im Rahmen eines Ermächtigungsgesetzes durch Verordnungen oder nur durch gesetzesmäßige Beschlüsse des Reichstags abgeändert und erweitert werden dürfe, hat man die Regierung gesprengt und fast eine Woche lang darüber verhandelt, wie man eine neue Regierung zusammenbringen könne. Und das Ende vom Liede war, daß fast alles blieb, wie's war. Die Große Koalition ist wieder da und die „Männer“ sind so ziemlich auch die gleichen, nur Herr von Raumer, der Reichswirtschaftsminister, der einzige vielleicht, der im alten Kabinett praktisch angefaßt hatte, ist freiwillig ausgeschieden; den Reichsfinanzminister Hilferding mußte man fallen lassen, denn seine Hand war gar zu unglücklich gewesen. Dank seiner „brutalen“ Finanz- und Steuerpolitik ist die Mark vom viermillionsten auf den viermilliardsten Teil eines Dollars in sieben Wochen gesunken und sie steht weit unter dem Volkswirtschaftsminister; die Preise sind entsprechend gestiegen. In zehn Tagen hat sich die schwebende Schuld des Reichs um rund 40 000 Billionen Mark ver-

mehrt und im vierten Nachtrag des Reichshaushalts mußte die Regierung vom Reichstag am Mittwoch 580 000 Billionen Mark anfordern, die auch glatt genehmigt wurden. — Frau Nachbarin, Euer Fläschchen! — Die Reichsausgaben betragen heute mehr als das gesamte Volkseinkommen, das alles in allem auf etwa 18 Milliarden Goldmark im Jahr zu schätzen ist.

Ein Staat, der einmal auf einem solchen Stand angekommen ist, ist wirtschaftlich fertig und man muß gerade von vorne anfangen. So denkt auch Poincaré, und als die Reichsregierung ihn am Mittwoch durch den deutschen Botschaftsrat v. Hösch ersuchen ließ, die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu beginnen, fertigte er den deutschen Botschaftsrat kurz ab. Er verschmähe es, mit der deutschen Reichsregierung zu verhandeln; erstens habe sie kein Geld, um etwas zu bieten und zu unternehmen, und zweitens sei ihr kein Glauben zu schenken, ihre Unterwerfung sei nicht „aufrichtig“ und nicht „vollständig“ gewesen. Der Reichskanzler hatte bekanntlich im Reichstag gesagt, der Kampf um die Freiheit der besetzten Gebiete werde fortgesetzt. Die Unterwerfung wäre also in den Augen Poincaré's nur „aufrichtig“ und „vollständig“, wenn Stresemann den Verzicht des Reichs auf die besetzten Gebiete ausgesprochen hätte. Im übrigen, meinte Poincaré, seien Verhandlungen mit der Reichsregierung weder nötig noch zweckmäßig, es komme rascher ans Ziel, wenn er durch seine Ingenieurkommission unmittelbar mit der Ruhrindustrie verhandeln lasse. Und wirklich fand sich eine Gruppe dieser Industrie, der Kohlen- wie der Stahlindustrie, der die „Phönix“-Unternehmungen, die Werke Wolff, Cahn u. a. angehören, die sich schon im September den französischen Forderungen im Geheimen ohne Vorwissen der Reichsregierung unterwarf und mit der feindlichen Ingenieurkommission einen Lieferungsvertrag abschloß sowie zur Bezahlung der dem Reich gebührenden Steuern und Abgaben an den Feind sich verpflichtete. Dieses Abkommen gefiel dem Herrn Poincaré sehr wohl. Die übrigen Industriellen trafen am 30. September unter dem Vorhitz des Herrn Stinnes in Ahrigsdorf bei Anna zusammen, um zu dem unerwarteten Ereignis Stellung zu nehmen. Der Reichsregierung wurde am 7. Oktober eine Denkschrift übergeben, die eine Schilderung der Sachlage und die Forderungen enthielt, den Arbeitstag in den Gruben auf 8 Stunden, in den übrigen Werken des Ruhrgebiets auf 10 Stunden wie vor dem Krieg zu verlängern. Nur so werde es möglich sein, die Sachlieferung der Kriegsschadigung aufzubringen; andererseits könnte aber, damit auch die Allgemeinheit im Reich einen Nutzen habe, der Kohlenpreis um 6 Goldmark für die Tonne herabgesetzt werden. Dagegen müsse die Regierung auf die Kohlensteuer verzichten.

In Berlin hatte man leider vor lauter Kabinettsorgen keine Zeit, sich mit der so brennend wichtig gewordenen Frage zu beschäftigen; die Denkschrift blieb liegen. So wandte sich denn eine Abordnung der Industrie unter Führung des Herrn Stinnes an den französischen General Degoutte in Düsseldorf. Die Besprechung war erfolglos, weil die Abordnung nicht, wie die Phönix-Gruppe, einfach die französischen Bedingungen annahm, sondern als Gebende und Ausführende Bedingungen stellte, was dem General als Auflehnung erschien. Stinnes hat darauf die Verhandlungen abgebrochen. In den Werken wurde nun aber durch Anschlag bekannt gegeben, daß vom 9. Oktober an die verlängerte Arbeitszeit eingeführt werde, zugleich wurde allen „unproduktiven“ Arbeitern d. h. solchen, die auf den Werken, ohne eigentlich beschäftigt zu sein, nach den Verordnungen des passiven Widerstands eingestellt waren, gekündigt, da die Reichsunterstützung vom 8. Oktober an wegfiel. Die Arbeitszeit wurde auf 30 Stunden in der Woche herabgesetzt. Der Schwerindustrie schloß sich die Eisenindustrie an. Begreiflicherweise bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine große Erregung; sie, die so wacker im passiven Widerstand ausgehalten hatte, fühlte sich verraten. Es rächt sich jetzt, daß die Reichsregierung den passiven Widerstand Knall und Fall ausgegeben hatte, ohne vorher mit den Wirtschaftskreisen des Ruhrgebiets einen Plan für die Fortführung der Wirtschaft aufzustellen. Jetzt steht man vor den größten Schwierigkeiten. Die Industrie kann die Kosten der Löhne nicht mehr decken und andererseits haben die Arbeiter ein Recht, über Arbeitszeit und Tarifentlohnung, die noch gesetzlich festgelegt sind, mitzuspoken. Die Industriellen, und das hätte vor allem die Phönix-Wolff-Gruppe sich merken sollen, müßten den Befehungsbehörden zu verstehen geben, daß sie zwar mit ihnen an Ort und Stelle ihre Ansichten austauschen und den Weg vorbereiten können, daß aber zuletzt nur die Reichsregierung über das Befahren des Wegs zu entscheiden hat. Dann würde den Franzosen am Ende doch nichts anderes übrig bleiben, als sich mit der Regierung ins Benehmen zu setzen. Und nachdem das Ermächtigungsgesetz nach hartem



Kampf vom Reichstag angenommen ist, wird es auch der Regierung nicht mehr an der Zeit fehlen, der Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit zu schenken.

## Neue Nachrichten

### Wertbeständige Steuern — Einschränkung der Reichsausgaben

Berlin, 12. Okt. Der Reichspräsident hat nach dem „B. L.“ bereits zwei Ausnahmeverordnungen des Reichsfinanzministeriums unterzeichnet, bevor das Ausnahmegesetz vom Reichstag angenommen war. Die erste verfügt die Umstellung der Reichsteuern auf Goldwährung, die zweite betrifft die Einschränkung der Reichsausgaben. Eine Liste für Sperrmaßnahmen im einzelnen ist in Vorbereitung. Die Finanzämter sollen von der zwecklosen Arbeit an den durch die Geldentwertung ertraglos gewordenen Steuern freigegeben werden. Die Kohlensteuer soll, obgleich sie sehr ergebnislos ist, aufgehoben werden, wenn sich dadurch eine wesentliche Verbilligung der in Betracht kommenden Erzeugnisse herbeiführen läßt.

### Einschränkungsvorwurf im Reichstag

Berlin, 12. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, Reichskanzler Stresemann habe nach der gestrigen Reichstagsitzung mit dem Reichspräsidenten zum zweiten Mal über die Möglichkeit gesprochen, daß das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag abgelehnt werde. Auf seinen Vorschlag habe der Präsident zugestimmt, daß in diesem Fall der Reichstag aufgelöst werden solle. Daraus gehe hervor, daß der Reichskanzler den Erlaß zur Auflösung nicht in der Tasche hatte, als er gestern nachmittag in den Reichstag kam. Die in dieser Richtung in Umlauf gesetzten Gerüchte haben also nur den Zweck haben können, den Reichstag einzuschüchtern.

Die Sozialdemokraten verlangen, daß im Fall der Auflösung des Reichstags die Regierung nicht zurücktreten, sondern ohne Reichstag an der Hand des Ermächtigungsgesetzes weiterregieren solle. Die bürgerlichen Parteien der Koalition treten der Absicht, die verfassungswidrig sei, entgegen. Beim Reichspräsidenten sind Vorstellungen dagegen erhoben worden.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, daß kein Mitglied im Reichstag gegen einen Beschluß der Fraktionsmehrheit stimmen dürfe.

### Keine Fortführung der Brotversorgung

Berlin, 12. Okt. Wie verlautet, ist die Reichsregierung nicht geneigt, dem sozialdemokratischen Antrag auf Fortführung der Brotversorgung bis Ende Oktober stattzugeben. Die Vorräte der Reichsgetreidestelle würden nicht ausreichend sein.

### Plünderungen

Berlin, 12. Okt. Im Ostteil Berlins und in Moabit fanden Zusammenrottungen angeblicher Arbeitsloser unter Führung der Kommunisten Ulrich statt. Ein starkes Aufgebot Schutzpolizei mußte die Menge auseinanderreiben. Die Ulrich wurde verhaftet. Die Polizei befindet sich in verstärkter Bereitschaft. Ganze Straßenzüge von Läden sind geschlossen. Warenhäuser und Markthallen sind mit Polizeiabteilungen besetzt.

Mainz, 12. Okt. In Wiesbaden und Köln haben Plünderungen von Läden und Rohstofflagern durch Arbeitslose stattgefunden.

### Kommunistische Sturmtrupps in Thüringen

Berlin, 12. Okt. In Weimar, Jena und Gotha sind von den vereinigten Sozialisten und Kommunisten Sturmtrupps aus den Arbeitern der Fabriken gebildet worden, die offen Waffentübungen abhalten. Die Reichsregierung verfolgt die Vorgänge mit Aufmerksamkeit. Die Lage wird für ernst gehalten; sie wird durch die furchtbare Geldentwertung und die Ungewißheit über das Ermächtigungsgesetz bzw. die mögliche Reichstagsauflösung in gefährlicher Weise verschärft.

### „Gegen die weiße Diktatur“

Jena, 12. Okt. Die „Neue Zeitung“, die von General Reinhardt verboten worden ist, schreibt zu dem weißen Verbot der „proletarischen Hundstrecken“ und

Kampfvorbände in Thüringen: „Auf halsstem Weg soll der mitteldeutschen Arbeiterschaft der Ausgang gemacht werden. Papierne Verbote sind aber nicht wirksam, wenn die Arbeiterschaft es versteht, aus jeder Fabrik eine Burg, eine Kaserne, eine Waffe im Kampfe gegen die weiße Diktatur zu machen. Gegen die weiße Diktatur gilt es aber mit allen Mitteln zu rüsten.“

### Der Fall Loffow

München, 12. Okt. Hier ist bekannt geworden, daß der Reichswehrminister Gessler den Kommandeur der bayerischen Reichswehrbrigade General von Loffow von München abberufen hat; er soll in den Ruhestand versetzt werden. Der Grund ist, daß Loffow, obgleich ihm vom Wehrminister die außerordentlichen Vollmachten des Befehlshabers im Bayerischen Wehrkreis übertragen sind, in die Befugnisse des bayerischen Generalstaatskommissars von Kahr nicht eingriff und das Verbot des „Börslichen Beobachters“ nicht ausführte, bis Herr v. Kahr wegen eines anderen Falls das Blatt verbot. Der „Bayerische Kurier“ (Bayer. Volksp.) schreibt zu dem Fall, der Landeskommandant in Bayern könne nach einem Abkommen mit der Reichsregierung nur auf Vorschlag der Bayerischen Regierung ernannt werden, also könne er auch nicht ohne ihre Zustimmung abberufen werden. Wenn diese Zulage gebrochen würde, könne es für Bayern nur entschlossene Abwehr geben. Die M.N. erfahren, das letzte Wort in der Sache sei noch nicht gesprochen, sie werde aus den militärischen Händen des Reichswehrministers in die politischen des Reichskanzlers übergehen.

### Erhöhung der Bierpreise in Bayern

München, 12. Okt. Der Generalstaatskommissar hat sein Verbot, die Bierpreise in Bayern zu erhöhen, zurückgezogen. Da die weitere Geldentwertung die bisherigen Preise unhaltbar machte. Es wurde eine Erhöhung genehmigt, die sich zwischen 70 und 110 Millionen Mark für das Liter bewegt.

Bei dem Einbruch in die Geschäftsräume des „Börslichen Beobachters“ wurden Werte von mehreren Millionen gestohlen.

### Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 12. Okt. Gestern haben hier neue Lohnverhandlungen für den Bergbau begonnen. Sie gestalten sich wegen der Verlängerung der Arbeitszeit besonders schwierig und sind noch nicht abgeschlossen.

Die Westdeutschen Eisenwerke in Kray haben sämtliche Arbeiter wegen Arbeits- und Rohstoffmangels beurlaubt.

### Erleichterung des Bahnverkehrs

Essen, 12. Okt. Die Franzosen haben die gesperrte Strecke Essen—Nord—Stoppenberg freigegeben, wodurch die Zufuhr von Lebensmitteln usw. erleichtert wird.

Das von den Franzosen besetzte Verwaltungsgebäude des Bahnhofs Fintrop ist vollständig abgebrannt.

### Generallstreik in Ost-Oberschlesien

Weschen, 12. Okt. Die Streikbewegung in polnisch Ost-Oberschlesien ist zum Generallstreik angewachsen. Im Verlauf des Vormittags stellten die Staatsbetriebe wie Post, Telegraph und Eisenbahn den Dienst ein. Infolge Unterbrechung jeglicher Verbindung ist Näheres über die Bewegung und ihre Ausdehnung auf das übrige Polen nicht zu erfahren.

### Sinnensanleihe?

London, 12. Okt. Laut „Daily Express“ suchen Vertreter von Hugo Stinnes in London eine Anleihe von 5 Millionen Pfund Sterling auf 3 bis 5 Jahre zur Beschaffung von (englischen?) Winterkohlen aufzunehmen. Die Anleihe sei von Vertretern der deutschen Reichsregierung begleitet. (?)

### Inflation gegen Arbeitslosigkeit in England

London, 12. Okt. Die Finanzblätter wenden sich gegen die Absicht der Regierung, die Arbeitslosigkeit durch stark vermehrte Notenausgabe zu bekämpfen. Es sei töricht zu glauben, daß der Kurs des Pfund Sterling durch die Papiergeldausgabe tief genug herabgedrückt werden könnte, um rasch durch den Valutaunterschied der englischen Industrie die verlorenen Märkte wieder zu gewinnen. Das Pfund sei viel zu leicht bearbeitet. Das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit

wäre, daß die Regierung der Privatindustrie Aufträge verschaffe, daß die Arbeiter beschäftigt werden können.

### Aufhebung der schweizerischen Freizonen in Savoyen

Paris, 12. Okt. Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik werden die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Schutz der Schweiz auf savoyischem (französisches) Gebiet aufgerichteten Zollfreizonen für die Schweiz aufgehoben. Die Zollgrenze wird auf die politische Grenze zurückgeführt. (Die Aufhebung der Freizonen hat Frankreich schon lange angestrebt und nach dem Friedensvertrag durch ein vorläufiges Abkommen mit der schweizerischen Regierung abgeschlossen. Das Schweizer Volk hat die Abmachung durch Volksabstimmung mit großer Mehrheit verworfen, aber die französische Regierung hat sich jetzt darüber hinweggesetzt.)

Wie verlautet, wird der schweizerische Bundesrat Widerspruch erheben und ein Schiedsgericht anrufen.

### Albanische Mörder?

London, 12. Okt. Nach einer Meldung aus Athen hat die griechische Regierung festgestellt, daß die Mörder der italienischen Grenzkommission Albanier seien. Drei davon habe die albanische Regierung verhaftet. Die griechische Regierung habe bei der Pariser Vorkonferenz Schritte unternommen, daß Albanien aufgefordert werde, die Mörder auszuliefern.

### Die deutschen Entschädigungsleistungen

Rom, 12. Okt. Ag. Volta teilt auf Grund der Berechnungen der Entschädigungskommission mit, im ersten Halbjahr 1923 haben von Deutschland an Zahlungen oder Sachleistungen erhalten: Italien 338,6 Millionen Goldmark, davon rund 33 Millionen in bar; Frankreich 1,8 Milliarden; Belgien 1,7; Großbritannien 1,25 Milliarden Goldmark.

### Die Mörder Dato verurteilt

Madrid, 12. Okt. Die beiden Mörder des Militärpräsidenten Dato, Rafter und Nicolau, sind zum Tod verurteilt worden. Die Mitangeklagten wurden freigesprochen.

### Gegen den Wucher in Spanien

Madrid, 12. Okt. Eine Verordnung der Militärregierung verbietet beim Verkauf von Lebensmitteln einen Gewinn, der 14 Prozent übersteigt.

## Württemberg

### Weitere Verfügungen des Militärbefehlshabers

Der Militärbefehlshaber des Wehrkreiskommandos V, Generalleutnant Reinhardt, hat noch folgende Verfügungen erlassen:

1. Ich verbiete die Bildung von Verbänden, die in der Form von Hundertschaften, Starnkrupps u. dergl. wirtschaftliche oder innerpolitische Ziele erzwingen wollen, ebenso die Aufforderung zur Bildung solcher Verbände und die Teilnahme an denselben. Bereits bestehende Verbände dieser Art sind hierdurch aufgelöst.

2. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Sept. ds. Js. betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen bestraft.

3. Diese Verfügung tritt sofort in Kraft. Die in den einzelnen Teilen meines Wehrkreises jutage getretene unterschiedliche Anwendung des Versammlungsverbotes gegenüber vaterländischen Feiern veranlaßt mich, zum Zweck einer in diesem Punkte gleichmäßigen Handhabung zu bestimmen, daß alle vaterländischen Feiern mit zur Genehmigung angemeldet werden. Ich ersuche, bei diesen Vorlagen dahingehend Stellung zu nehmen, ob und aus welchen Gründen ein Verbot für angezeigt erachtet wird. Rechtzeitige Anmeldung ist erforderlich, die Entscheidung behalte ich mir vor.

Stuttgart, 12. Okt. Der Abg. C. E. S. S. und die übrigen Mitglieder des Bauernbundes und der Bürgerpartei haben folgende Große Anfrage beim Landtag eingebracht: Für verschiedene Reichsteuern ist in der letzten Zeit der Wehrbeitrag zugrunde gelegt worden. Auch die Währungsbank soll wieder auf dem Wehrbeitragswert aufgebaut wer-

## Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikoman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

Der Bratschist verwechelte fortwährend Alt- und Violinschlüssel wegen des häufigen Wechsels der beiden Schlüssel und das Ganze war mit Doppelgriffen, Arpeggien und anderen Schwierigkeiten durchspickt. Der Komponist selbst, der freilich kein besonderer Geiger war und zweite Violine spielte, kam technisch nicht zurecht und verpagte sein eigenes Werk.

Der Erste, der streifte, war der Cellist, der erklärte, Richard solle vor allem die Stimmen anständig heraus-schreiben, daß man's lesen könne.

Günftig trat der kleine Leo dem bei, mit dem boshaften Seitenhieb, man sollte nicht glauben, daß einer, der selbst Violine spielte — wenn auch schlecht, wie er gern zugab —, solche technischen Unmöglichkeiten überhaupt einem Geiger zumuten könne.

Wütend fuhr der junge Tonsetzer auf: „Ihr seid musikalische Heuschrecken alle miteinander!“

Allgemeine Unruhe entstand. Das Temperament hatte Richard von seinem Vater und Schimpfen konnte er, wie ein Bräufrecht.

„Gebt her!“ Mit diesen Worten riß er wütend die Stimmen von den Pulken. „Perlen vor die Säue!“ murmelte er vor sich hin.

„Du, Du!“ drohte der Cellist, „Du bist noch lang kein Hans von Bülow; und selbst der hat vor den „musikalischen Schweinehunden“ den Platz räumen müssen. Betrag Dich anständig, Du bist hier nicht zu Hause!“

Aber Richard war mal im Zug und fuhr fort: „Ihr habt alle gar keinen Dunst von Musik! Irgend ein Quartett von Haydn oder Beethoven opus 18, oder ein kleines von Schubert, wenn Ihr es hundertmal geübt habt, das könnt Ihr zur Not spielen, bis es einem zum Hals heraushängt. Schon von Schumann und Brahms drückt Ihr

Euch! Ich laß mir mein schönes Quartett nicht von Euch verderben. Ich weiß schon, wer mir's spielt, Ihr werdet's hören und Euch dann schämen. Ich tu' nicht mehr mit; pagen könnt Ihr auch ohne mich!“

„Warum bist Du dann überhaupt gekommen?“ sprach ruhig Franz Gebhard. „Bloß, um Dich aufzuführen? Ich denke, wir wollen Kammermusik spielen und keine Versuche anstellen! Wohin sollen wir kommen, wenn jeder von uns komponieren und seine Kompositionen gespielt haben wollte! Da kommen die Klassiker zu kurz.“

Franz Gebhard war durchaus nicht für's Neue, auch nicht vom Schullameraden. Auch nicht, wenn ein Bülow sich günstig darüber ausgesprochen hatte.

„Ihr könnt mich alle — —! Ich gehe!“

„Ja, geh' zur Frau Mitschak und laß' Dich trösten!“ höhnte der kleine Leo ihm nach, der froh gewesen wäre, wenn Richard Ernst gemacht hätte.

Aber der drehte sich wütend um: „Du Lausbub! Du Riefindiewelt! Ich, schlage Dir gleich alle Knochen im Leib kaput!“

„Nimm Dich in Acht, daß Dir nicht einmal der Herr Hannusch Mitschak alle Knochen zusammen im Leib kaputtschlägt, wenn —“, sprach pikiert der kleine Leo.

„Bl, pst!“ wollte Gebhard beruhigen.

„Dann nimm Du Dich in Acht, daß Dir nicht Dein Vater einmal alle Knochen im Leib kaputtschlägt, wenn er Dich bei der Gouvernante erwischt!“

Frau Dr. Fischer, scheinbar ganz ins Gespräch mit andern Gästen vertieft, hatte Mausohren für alles, was sich nach Cronique scandaleuse ausnahm, und so begann sie die lebhafteste Diskussion der jungen Künstler zu interessieren. Das waren mal frühreife Bengels! An den freilich ganz unbestimmten Gerüchten, die sie schon vernommen, schien Wahrheit zu sein; gottlob, daß ihr Hans anscheinend nichts damit zu tun hatte! Sie nahm sich vor, der Sache nachzuspüren, tat aber so unbefangen, als hätte sie nicht das Geringste vernommen.

Inzwischen war Advokat Dr. Fischer auf die Knaben

zugekommen und frug, was es für Meinungsverschiedenheiten gebe. Gleichzeitig schrien die fünf Knaben auf ihn ein; mit vieler Mühe hatte er erfahren, um was es sich handelte, und entschied, daß die Jungen erst mal das Trio von Leo Heller fertigspielen und dann Richards Quartett noch einmal versuchen sollten.

„Ihr seid unter Euch und könnt spielen, was Ihr wollt; Ihr gebt ja keine Konzerte, sondern wollt die Kammermusik kennen lernen. Wenn von unseren Gästen das nicht schön genug ist, der kann ja gehen.“

„Autsch“, machte Leo, holte sofort sein Trio hervor, schob den Richard beiseite und setzte sich mit Hans Fischer und seinem Bruder an die Musikpulte.

Die drei Jungen spielten. Die Aufmerksamkeit der Hörer wuchs; der Erfolg steigerte sich von Satz zu Satz und am Schlusse konnte sich Leo sogar über donnernden Beifall erfreuen. Er richtete einen triumphierenden Blick auf Richard; der aber raunte ihm in die Ohren:

„Schmarren!“

„Reidhammel!“ replizierte Leo.

„Auf das zusammengestohlene, abgedroschene Zeug nicht!“

Nach lebhaftem Meinungsaustrausch — es wirkte sehr, daß der Komponist dieses gewiß nicht originellen Wertes kaum zehn Jahre jähle — legte Richard sein Quartett wieder auf.

Umsonst! Die Spieler kamen nicht damit zurecht. Man schüttelte den Kopf und sprach davon, Richard sei musikalisch übergeschnappt. Primgeiger, Bratschler und Cellist erklärten das Werk für unspielbar, die Hörer zuckten die Achseln.

Wütend verließ Richard das Haus, ohne sich zu verabschieden.

Fortsetzung folgt.



den. Da bekanntlich in Württemberg der Wehrbeitragwert sehr gering im Vergleich zu anderen Staaten zu hoch festgesetzt wurde und ist insbesondere auch Kleinbesitzer zum Wehrbeitrag herangezogen worden sind, die anderwärts frei bleiben, so ist eine Änderung dieser Bestimmungen dringend erforderlich. Was gedenkt der Herr Finanzminister zu tun, um diese steuerliche Ungerechtigkeit zu beseitigen?

**Markenfreies Brot** kostet ab 13. Okt. in Stuttgart 280 (11. Okt. 80), Weißbrot 320 (100) Mill. Mt. das Kilo, ein Weißbrötchen 15 (5) Millionen.

**Leonberg, 12. Okt. Auszeichnung.** Hofphotograph Stadelmann, der in Berufskreisen weit hin im Reich bekannt ist, wurde zum Obermeister der Photographen-Innung des Handwerkskammerbezirks Stuttgart und zum Kreisleiter des 12. Kreises des Photographenverbandes (Württemberg, Baden, Pfalz) gewählt.

**Söflingen, 12. Okt. Tod durch Stidgase.** Der hier wohnhafte Arbeiter Paul Schmauder verunglückte im Umer Gaswerk dadurch, daß er, entgegen den Vorschriften, in einen geschlossenen Schachtstieg, um dort einige Verrichtungen zu machen. Durch die im Schacht herrschenden Stidgase wurde Schmauder sofort bewußtlos. Hilfeleistung war augenblicklich vorhanden, gestaltete sich aber infolge der Gase sehr schwierig, so daß einige der Beteiligten ebenfalls beunruhigt wurden. Schmauder konnte nicht mehr zum Leben zurückgebracht werden.

**Heidenheim, 12. Okt. Jubiläum — Sinfoniekonzert.** Rektor Vorst in Herbrechtingen kann auf eine 40jährige Wirksamkeit in der Gemeinde zurückblicken. — Im Konzerthaus fand durch das Landesbühnenensemble unter Leitung von Generalmusikdirektor Leonhardt bei ausverkauftem Haus ein Sinfoniekonzert statt. Das Programm war ausschließlich Beethoven gewidmet.

**Würzburg, 12. Okt. Calw, 12. Okt. Glänzliche Gemeindev. Feuer** erhält, wie das Calwer Tagblatt berichtet, jeder Bürger und jede Bürgerwitwe von der Gemeinde anstatt der Holznutzung in bar eine Milliarde Mark, was bei etwa 110 Berechtigten 110 Milliarden Mark macht. Gemeindesteuern werden nicht erhoben.

**Ulm, 12. Okt. Münsterorganist.** Der evang. Kirchengemeinderat hat zum Nachfolger des Münsterorganisten Prof. Graf den Musikdirektor Hayn gewählt.

## Baden

**Karlsruhe, 12. Okt.** Nachdem die Landwirtschaftskammer im Benehmen mit allen Interessenten für das Jahr 1923 eine Neufassung ihrer schon einige Jahre bestehenden Richtlinien für die Neufestsetzung der Pachtpreise vorgenommen hat, haben jetzt die Pächter und Verpächter die Möglichkeit, mit ihrer Hilfe die Pachtleistung für 1923 festzusetzen. In Streitfällen ist das zuständige Pachtamt (Amtsgericht) zur Entscheidung anzurufen. Der Antrag auf Erhöhung des Pachtzinses oder des für die Gewinnung für Bodenbestandteile vereinbarten Entgelts ist abzuweisen, wenn er nicht spätestens am letzten Tag des Vertragsjahres, für welches die Erhöhung verlangt wird, beim zuständigen Pachtamt eingereicht ist. Da die Pachtverträge fast reiflos von Martini zu Martini laufen, so müßte in diesem Jahr im Fall der Nichterhöhung spätestens am 10. November der entsprechende Antrag beim Pachtamt gestellt sein. In den Fällen, wo die rechtzeitige Antragstellung wegen Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen unterblieben ist, ist eine Abhilfe, etwa durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, nicht möglich.

**Karlsruhe, 12. Okt.** Einen gemeinen Betrug verübte ein Unbekannter. Ein Mann sah vom Fahrrad aus, wie seine Frau verumflüchtete. Während er ihr beistand zu Hilfe eilte, erbot sich ein Unbekannter, das Rad in die Wohnung zu verbringen. Der Betrüger ist mit dem Rad verschwunden. — Bei einer Messerstecherei zwischen einem Kaufmann und einem Schriftföhrer erhielt letzterer 9 gefährliche Stiche.

**Reersburg, 11. Okt.** Infolge des kälteren Wetters ist mit der Weinlese in der Bodenbezugsgegend begonnen worden. Der hiesige Winzerverein hat schon vor zwei Tagen mit der Lesse begonnen und auch die Domäne, das Rentamt Salem und die Stadt Reersburg haben sich der Lesse angeschlossen. Mit der Güte der Trauben, besonders der roten, kann man zufrieden sein und auch die Menge ist befriedigend im Vergleich zu dem Ergebnis in anderen Landesgegenden.

## Kotales

**Wildbad, den 13. Okt. 1923.**  
**Früherer Schalterschlöß.** Auf amtliche Anordnung werden die Postschalter von jetzt an schon um 5 Uhr abends geschlossen.

Der Goldfranken wird im Postverkehr mit dem Ausland ab 12. Oktober mit 690 Millionen berechnet (11. Okt. 280). Briefe nach Mainz können wieder unmittelbar dorthin gerichtet werden, da die deutschen Postbeamten daselbst den Dienst wieder aufgenommen haben.

Der Höchstbetrag der Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland, sowie der Höchstbetrag der Nachnahmen auf Postpaketen und Postfrachtkarten aus Deutschland nach dem Ausland ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf 25 Milliarden Mark erhöht worden. Zu den Ausnahmen gehören Dänemark 15 Milliarden, Luxemburg (5 Mill.), Polnisch-Oberbesitz und Portugal.

Die neuen Briefmarken mit Ueberdruck, von denen jetzt fast alle 10 Tage neue herauskommen, können von der Reichsdruckerei in Rollenform nicht hergestellt werden. Da die Briefmarken nur ganz kurz bemessen werden könnten, liegt eine technische Unmöglichkeit vor, diese für Frankiermaschinen erforderlichen Marken anzufertigen. — Einige Markenarten, z. B. 400 000 M auf 30 J, braun, weisen übrigens einen recht unangenehmen Mangel auf, weil die einzelnen Felder nicht durchlocht sind. Die „sägeblattartigen“ Trennlinien sind eigentlich nur angedeutet, so daß die Marken beim Abreißen sehr leicht beschädigt werden.

**Ausfallender Lokalzug.** Von Sonntag, 14. Oktober 1923 an fällt der Lokalzug 1458 Laupheim Hbf. ab 6.06, Ulm Hbf. an 7.04 vormittags, Sonn- und Feiertags aus.

**Eisenbahnfrage.** Der Eisenbahnrat hat den in Handels- und Industriekreisen schon oft geltend gemachten Wunsch, daß die Zuschlagsgebühr von 10 Prozent für Eisenbahnfrachten, die in gedeckten Wagen befördert werden, wegfalle, befürwortet. Die Entscheidung des Verkehrsministeriums sieht noch aus.

**Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) am 8. Oktober** das 100,1-millionenfache der Vorkriegszeit. Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,4 Mill.) somit 170 Prozent.

Die Apothekerrichtzahl beträgt ab 12. 10. für Arbeitsvergütung 1 100 000, ab 13. 10. für Waren 12 000 000, im besetzten Gebiet 16,30 Millionen.

**Schlüsselzahl für Anzeigen.** Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen für die Woche vom Samstag, dem 13. Oktober, bis Freitag, dem 19. Oktober, auf 600 000 festgesetzt.

Der Verein württ. Gasthofbesitzer hat die Bervielfältigungszahl für den Friedenspreis eines Zimmers mit Wirkung von heute ab auf 200 Millionen erhöht.

**Neue Milliardennoten.** Außer der bisherigen Milliardennote (Ueberdruck auf einen nicht ausgegebenen Tausender) ist ein neuer eigentlicher Milliardenchein derzeit in Arbeit. Ferner sind 5 und 10 Milliardennoten bereits im Druck.

Der **Mahllohn.** Der Württ.-Hohenjollerische Müllerbund ist von dem am 14. Februar mit der Landwirtschaft abgeschlossenen Abkommen über die Höhe des zu bezahlenden Mahllohnes zurückgetreten und hat mit sofortiger Wirkung den Mahllohn auf 7 Prozent des mahlengereinigten Getreides und auf 8 Prozent für diejenigen Mühlen festgesetzt, in denen ortsüblich die Kunden selbst ausschütten oder die Posten einzeln vermahlen lassen. Dieser Satz erscheint jedoch zu hoch. Deshalb wurde den landw. Bezirksvereinen von der Landwirtschaftskammer empfohlen, mit den einzelnen Mühlen in Verhandlungen einzutreten und die Angelegenheit nach den örtlichen Verhältnissen zu regeln.

**Kartoffeln.** Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftliche Hauptverband, der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften und die Zentralgenossenschaft des Schwäb. Bauernvereins Ulm haben einen Aufruf an die württ. Landwirte erlassen, in dem es heißt: „Die Ernährungslage in den größeren Städten Württembergs ist, wenn nicht in der nächsten Zeit starke Anlieferungen in Getreide und besonders in Kartoffeln erfolgen, bedenklich. Wir bitten daher unsere Berufsgenossen dringend, von den genannten Erzeugnissen in der allernächsten Zeit abzuliefern. Die bisherige Kartoffelnote in den Städten ist auf die verpächte Ernte zurückzuführen. Da jetzt die Ernte zum Teil erst beginnt und Kartoffeln vom Ader weg verkauft werden, ist zu erwarten, daß der Bedarf an Kartoffeln endlich gedeckt werden kann. In der bittersten Zeit, in der wir leben, liegt es nicht zuletzt auch im Interesse der Landwirtschaft, daß Beunruhigungen durch Mangel an Lebensmitteln, besonders an Kartoffeln, bei der Bevölkerung vermieden werden. Die oben genannten landwirtschaftlichen Organisationen kennen genau die Hemmnisse, die einer Ablieferung da und dort entgegenstehen; sie kommen aber unter Berücksichtigung der Gesamtlage hoch zu dem Entschluß, ihren Berufsgenossen die Ablieferung in den nächsten Wochen dringend zu empfehlen.“

Die **Hinterlassenschaft in Eiskland beerdigter deutscher Soldaten.** Angaben über die Hinterlassenschaft der in Eiskland beerdigten deutschen Soldaten werden gegenwärtig im Auftrag der estländischen Regierung gesammelt und der deutschen Gesandtschaft in Reval zugestellt.

## Württemberg

**Großes Haus, 16. Okt. F 6:** Lammhäuser (6.30 bis 10.15). — **17. D 6:** Martha (6.30—9). — **18. E 6:** Don Juan (7—10). — **19. C 7:** Riba (7—10.30). — **20. für Auswärtige 4:** Die lustigen Weiber von Windsor (7—10). — **21. Die Meisterfinger (5—10).**

**Kleines Haus, 15. C 6:** Prinz Friedrich von Homburg (7.30—10). — **17. A 6:** Der Krampus (7.30—10). — **18. B 7:** Der Krampus (7.30—10). — **20. Der Widerpenstigen Jähmung (7.30—10).** — **21. Morgenfeier (11.15—12.45).** Eigentum (7—10). — **22. F 7:** Prinz Friedrich von Homburg (7.30—10).

## Allerlei

**Betriebszusammenlegung der Berliner Bäcker.** Vom 12. Oktober an wurde der Preis für markenfrieses Schwarzbrot (1900 Gr.) auf 250 Millionen Mark festgesetzt. Die Mühlen und Händler geben Roggen- oder Weizenmehl nur noch nach Dollarberechnung ab. So kostete am 11. Oktober der Doppelgänger Weizenmehl rund 23 Milliarden, ein Pfund im Großhandel 115 Millionen. Diesen Preisen kann ein großer Teil des Bäckergewerbes nicht mehr folgen, die kleineren Betriebe sind nicht mehr imstande, Mehl zentnerweise zu kaufen. Da gleichzeitig auch der Brotverbrauch erheblich zurückgegangen ist, haben viele Bäckereien sich genötigt gesehen, die Betriebe zusammenzuliegen. Die Folge war, daß eine große Zahl von Bäckergehilfen entbehrlich und gekündigt wurde. Die Bäcker klagen namentlich über die hohen Kohlenkosten. Schon jetzt macht die Kohle auf jedes Brot 22 Millionen Mark aus.

**Tillessen in der Haft schwer erkrankt.** Der im Rathenau-Prozess zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Kapitän a. D. Karl Tillessen ist in der Strafanstalt Kottbus, wo er seine Strafe abbüßt, so schwer erkrankt, daß sich die Vornahme einer Operation notwendig gemacht hat. Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Ebermeyer ist Tillessen zu diesem Zweck von Kottbus nach Leipzig übergeführt worden. Seine Erkrankung ist die Folge einer unglücklichen Tat, die er im Weltkrieg vollbracht hat. Beim Untergang des Panzerkreuzers „Blücher“ bei Helgoland rettete Tillessen fünf Matrosen vom Tode des Ertrinkens. Bei seinen Rettungsversuchen mußte er sehr lange Zeit in eiskaltem Wasser schwimmen, was ein Darmleiden zur Folge hatte, das nach mehrfachen Eingriffen nun eine Operation notwendig macht.

**Drei Milliarden Geldstrafe.** Der Viehhändler Artur Vadenburger aus Illingen bei Eppingen hat von einem Landwirt einen Bullen für eine Milliarde gekauft und das Tier sieben Tage darauf auf dem Mannheimer Viehhof um sieben Milliarden verkauft. Der angemessene Preis wäre fünf Milliarden gewesen. Neben einer Geldstrafe von 80 Milliarden wurde der Uebererlöß von zwei Milliarden eingezogen.

**Devisenhamster.** An der deutsch-böhmischen Grenzstelle Bodenbach wurde durch deutsche Zollbeamte der Leiter eines größeren Versicherungsunternehmens in Berlin verhaftet, der 9000 Dollar und 200 englische Pfund (etwa 16 Billionen Papiermark) bei sich trug. Das Geld sollte nach Wien verschoben werden.

**Eruption.** Im sächsischen Elektrizitätswerk Hannover-Leinhausen plachten zwei große Dampfkessel. Die Stadt Hannover ist ohne Licht, die meisten Fabriken können nicht arbeiten, auch die Zeitungen können nicht erscheinen.

**Erdbeben.** Die Vedenwarte von West-Bromwich verzeichnete am Mittwoch vormittags 9.15 Uhr ein starkes Beben in

einer Entfernung von etwa 2400 Kilometern (Stallen oder Azoren-Inseln).

**Jerusalem wird Weltstadt.** Die Vereinigten Staaten haben der Stadt Jerusalem ein größeres Terrain in dem Rindorich-Bezirk zum Geschenk gemacht, und zwar soll hier ein neues Viertel entstehen, das ganz moderne Häuser enthalten und eine vornehme Wohngegend der Stadt bilden soll. Während der nächsten drei Jahre sollen hier Bauten mit einem Kostenaufwand von einer halben Million Dollar errichtet werden, und man will damit einen Mittelpunkt für die Ansiedlung von Europäern schaffen.

**Aufstellung des bayerischen Staatshaushalts nach „Neumari“**

Da eine Aufstellung des bayerischen Staatshaushalts für 1924 auf der Grundlage der Papiermark ein Ding der Unmöglichkeit ist beabsichtigt der Finanzminister, den neuen Staatshaushalt auf „Neumari“ aufzustellen, sofern die geplante neue Währung in absehbarer Zeit zustande kommt.

**150 Pfund Sterling für eine Weintraube.** Mister Georges Dickson in Edinburgh hat in seinem Testament ein Vermächtnis von 150 Pfund Sterling als Jahrespreis für den Züchter ausgesetzt, der die schwerste Weintraube in England züchtet. An der Preisbewerbung dürfen sich nur private Gartenbesitzer beteiligen.

**Wer zuletzt lacht...** Kürzlich wurde in Salzwedel (Prov. Sachsen) ein Radfahrer angehalten, der in der Burgstraße radelte, die für Radfahrer gesperrt ist. Da er dafür ein Strafmandat von 500 000 Mark erhielt, wollte er der Polizei einen Schabernack spielen und sammelte in seinem Orte alle erreichbaren Ein-, Zwei- und Fünfmarkheine, verpackte sie in einem größeren Karton und überreichte sie so der Polizei. Diese nahm die Papiermenge und trug sie zum Altändler, der ihr dafür den Altpapierpreis von 13 Millionen Mark zahlte.

**Der starke Mann.** „Der is een Kerl! Der hat Mark in de Knochen!“ „Wat, Mark — Dollars!“

## Die Steuernotverordnung

Die Verordnung über Steuerverwertung und Vereinfachungen im Steuerwesen zerfällt in fünf Abschnitte.

Der erste Abschnitt regelt die Aufwertung für Zahlungen auf dem Gebiet der Reichsteuern mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuer, sowie für Zahlungen auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Er bestimmt, daß die Zahlung auch dann nach dem Goldwert zu leisten ist, wenn die Schuld nach dem 31. August 1922 entstanden und die Steuer selbst nicht in Goldmark berechnet ist. Der Goldmarkbetrag der Zahlung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Schuld. Der Reichsfinanzminister bestimmt den Goldumrechnungssatz. Als Zeitpunkt der Entstehung der Schuld gilt im allgemeinen das Ende jedes einzelnen Zeitabschnitts. Bei nicht rechtzeitiger Entrichtung von nach dem 31. August entstandenen Steuerschulden sind die Verzugszinsen von dem Goldmarkbetrag zu berechnen. Die nach dem Goldwert zu leistenden Zahlungen sind in Banknoten, Reichsscheinen oder Darlehensscheinen zu entrichten, die auf deutsche Währung lauten.

Der Reichsfinanzminister kann bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen Zahlungsmittel durch Hingabe von deutschen Gold- oder Silbermünzen, sowie ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden können oder müssen.

Für rückständige Zahlungen, die nach dem 31. Dezember 1923 erfolgen, aber vor dem 1. September 1923 entstanden sind, ist ein Vielfaches der ursprünglichen Zahlung nach dem Goldwert zu entrichten und zwar das 100fache bei der Entstehung bis Mai 1923, das 50fache bei Entstehung der Schuld im Juni und das 10fache bei Entstehung der Schuld im Juli 1923. Im August entstandene Schulden werden mit ihrem einfachen Betrag auf den 1. September angelegt.

Im Falle der Stundung sind jährlich 5 Prozent Zinsen vom Goldmarkbetrag der Zahlung zu entrichten.

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann von der Aufwertung oder Verzinsung ganz oder teilweise abgesehen werden. Erlassungen und Vergütungen auf Grund von Zahlungen, die nach dem 31. August 1923 geleistet worden sind, sind nach dem Goldwert zu bewirken. Die Rückzahlung erfolgt in gesetzlichen Zahlungsmitteln.

Wie die Blätter melden, soll die Vermögensbesteuerungsveranlagung wegen übermäßiger Verwaltungskosten überhaupt fortfallen. Auch die Veranlagung zur Zwangsanleihe soll eingestellt werden. Die Protokolle werden im Januar vorkorrigiert erhoben werden. Alle Steuern sollen fortan mit Rückwirkung zum ersten September in aufgewerteter Form erhoben werden und alle früheren Steuergesetze als erledigt gelten, soweit nicht strafbare Handlungen vorliegen. Die Einführung der neuen Währung soll so beschleunigt werden, daß in kürzester Zeit bereits ein wertbeständiges Geld geschaffen wird.

## Das Wetter

Der Hochdruck im Südwesten wird von dem Tiefdruck im Norden und Nordwesten stark bedrängt. Bei vorwiegend westlichen Winden ist am Sonntag und Montag vielfach bedecktes, mäßig kühles und auch mit vereinzelt Regenfällen verbundenes Wetter zu erwarten.

## Letzte Nachrichten.

### Goldaufwertung der Steuern.

Berlin, 12. Okt. Die vom Reichspräsidenten, vom Reichskanzler und vom Reichsfinanzminister unterzeichnete und am Samstag in Kraft tretende Verordnung über Steuerverwertung und Vereinfachungen im Steuerwesen, die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen wird, zerfällt in fünf Abschnitte. Sie regelt die Aufwertung für Zahlungen auf dem Gebiet der Reichsteuern mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuer, sowie für Zahlungen auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Sie bestimmt, daß die Zahlung auch dann nach dem Goldwert zu leisten ist, wenn die Schuld nach dem 31. August 1922 entstanden und die Steuer selbst nicht in Goldwert berechnet ist. Der Goldmarkbetrag der Zahlung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Schuld. Der Reichsfinanzminister bestimmt den Goldumrechnungssatz.

Die zweite Verordnung bezieht sich auf die Einräumung der Reichsausgaben. Der Reichs-



Finanzminister erklärt besondere Vollmachten, um neuen Anforderungen an den Reichsfiskus ohne weiteres einen Riegel vorzuschieben. Ein besonderer Katalog von Sparmaßnahmen ist in Vorbereitung.

Weiter wird bestimmt: Vermögenssteuer für das Jahr 1923 und Zwangsanleihe erbringen mit Rücksicht auf die der Vermögensbewertung zugrunde liegenden Bestimmungen Beträge, die auch bei Aufwertung so geringfügig sind, daß die Kosten ihrer Veranlagung und ihrer Erhebung außer jedem Verhältnis zum Ertrage stehen. Vermögenssteuer und Zwangsanleihe fallen daher für die Zukunft als erledigt an gesehen werden. Stücke auf wirksam gezeichnete Zwangsanleihe werden noch ausgereicht.

Der Freistellung des Verwaltungsapparatsapparats für die neuen Aufgaben dient die Ermächtigung, Rechtsstreitigkeiten über kleinste Beträge für erledigt zu erklären. Von besonderer Bedeutung ist die Vorschrift, daß für Landabgaben und andere öffentlich-rechtliche Abgaben, die von Behörden der Reichsfinanzverwaltung verwaltet werden, in Zukunft die Niederschlagung bei unverhältnismäßiger Geringfügigkeit, ebenso wie eine Reihe der übrigen Vereinfachungsbestimmungen, Anwendung finden. Dazu tritt die Ermächtigung für die Regierungen der Länder, auch die Aufwertungsbestimmungen im Verordnungswege nutzbar zu machen.

#### Brotverbilligung für linderreiche Familien.

Berlin, 12. Okt. In der Vollziehung des Reichsrats machte der Vertreter des Arbeitsministeriums Mitteilung davon, daß vom 15. Oktober ab für besonders bedürftige linderreiche Familien eine Brotverbilligung eintritt. Diese Verbilligung kommt nur Gemeinden von 20 000 und mehr Einwohnern zugute. Die Länder können Ausnahmen zulassen.

#### Die Abberufung Loffows.

München, 12. Okt. Die Nachricht von der Abberufung des Generals Loffow, der nicht nur von München weg, sondern in den Ruhestand versetzt werden soll, ist nun auch an amtlicher Stelle hier bekannt geworden. Die bayerische Regierung hat bereits bei der Reichsregierung Vorstellungen deshalb erhoben und insbesondere darauf hingewiesen, was für eine Wirkung eine derartige Maßnahme in Bayern haben würde.

### Handelsnachrichten

Dollarkurs am 12. Okt. 4 010 000 000 (5 072 650 000) Mark. Der Wert von 10 Millionen Mark in Pfennigen am 11. Okt.: In Holland 1,3, Belgien 5,2, Norwegen 2,4, Dänemark 2,2, Schweden 1,3, Italien 6,0, London 1,3, Newyork 1,4, Paris 4,4, Schweiz 1,5, Spanien 2,0.

Goldankaufspreis der Reichsbank am 11. Okt. 13 697 872 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Der Stand der Großhandelspreise hat sich vom 2. bis 9. Okt. auf das 307,4millionenfache des Vorkriegsstands gehoben.

Die Berliner Großbanken haben beim Reichsfinanzminister angeregt, in Notmaßnahmen neue Goldanleihebestände auszugeben. Berliner Preise: Zucker (Melis) 87 Millionen d. Pfd., Preiskohlen 1,2 Milliarden d. Ztr.

Der Gaspreis beträgt in Hamburg 100 Millionen Mark für ein Kubikmeter.

Das Brennrecht für Kartoffeln ist auf 50 Prozent herabgesetzt worden. Die Verarbeitung von Kartoffeln in Trocknereien und Stärkefabriken wird bis 31. Okt. 1923 ausschließlich auf selbstgebaute Kartoffeln beschränkt. Die Verwendung von Kartoffeln an Trocknerereien und Stärkefabriken mit der Eisenbahn ist bis 31. Okt. verboten.

Stuttgarter Börse, 12. Okt. Die innerpolitische Lage löste im allgemeinen Zurückhaltung aus. Da aber seit der letzten Börse der Markverfall weitere Fortschritte gemacht hat, mußten die Kurse, soweit sie nicht der Entwertung vorausgeeilt waren, sich von selbst dem sinkenden Wert der Papiermark anpassen. Daher sind zum Teil weitere größere Kurserhöhungen zu verzeichnen. Die Stimmung war fest, aber nicht mehr so stürmisch wie am Mittwoch, auch war heute eher Material erhältlich als vorgefunden. Die festverzinslichen Werte haben auch heute wieder ansehnliche Kurssteigerungen aufzuweisen. — Bankaktien (in Millionen Prozent): Hypothekendarb 380 (270), Notenbank 7000 (4000), Vereinsbank 1300 (400). Brauereiwerte: Ravensburg 450 (300), Ehlinger 1000 (700), Kettenmeier 1500 (700), Pfauen 600 (300), Hohenzollern 1500 (1000), Walle 1500 (700). Metallaktien: Feinmechanik 12 000, Sohner 13 000 (10 000), Metallwaren 14 000 (10 000), Andreas Koch 5000, Jungbans 3100 (3800). Maschinenaktien: Daimler 1410 (1000), Laupheimer 9000 (8000), Ehlingen 1800 (2500), Sesser 1050 (1500), Weingarten 2900 (3000), Magirus 900 (700). Spinnereiwerte: Erlangen 3000 (2000), Unterhausen 8000 (4500), Wetzheim 10 000 (7000), Pfersee 4000 (3000), Koffeln 4000 (3000), Kolb-Schäfer 4000, Kuchen 3500, Filz 8000, Ehlingen 6000, Kattun 7000, Leinenindustrie 8000. Uebrigere Werte: Anilin 15 000 (8000), Bremen-Wesigheimer Öl 8000 (5000), Seidelberger Zement 4500 (3500), Verlaasanstalt 3000 (2000), Kain-Rottweil 5500 (5000), der Kommende Tag 400 (500), Kaiser Otto 1900 (2000), Anorr 2500 (3000), Krumm 850 (900), Neckarsulmer 1700, Stuttgarter Zucker 3000, Union Deutsche Verlags-Gesellschaft 1200, Mannheimer Öl 4000, Salzwerk Heilbronn 30 000 (35 000), Sekt Wachenheim —, Stuttg. Backmühle 3000 (4000), Ziegelwerke Ludwigsburg 2300 (3000). Vöcker. Vereinsbuchdruckerei 275 (200). Württ. Vereinsbank.

Berliner Getreidepreise am 12. Okt. in Milliarden Mark: Weizen 6,5 bis 6,7, Roggen 6 bis 6,3, Gerste 6 bis 6,3, Hafer 4,4 bis 5,0, Weizenmehl 18—23, Roggenmehl 17—21, Riehe 2,5, Raps —.

Weizenmehlpreis Spezial Nr. 0 in Mannheim 28—30 Milliarden für 100 Kg. Käufer zurückhaltend, da sie mit Preislenkung rechnen.

#### Märkte

Schweinemärkte. Dem Schweinemarkt in Creglingen Oa. Mergentheim waren 61 Milchschweine zueinführt. Verkauft

wurden 57 zum Paarpriß von 2,5 bis 4,5 Milliarden. — In Schömberg Oa. Rottweil wurde für das Paar Milchschweine 3 Milliarden bezahlt. — Auf dem Schweinemarkt in Weilerstadt entwickelte sich bei geringer Zufuhr ein lebhafter Handel. Bezahlt wurde für 1 Käufer mit 50 Pfund Lebendgewicht 3 Milliarden, für Milchschweine 1. Sorte 1 bis 1,5 Milliarden, 2. Sorte 1 Milliarde das Stück.

Weiberstahl, 12. Okt. Hopfen. Bei ruhigem Geschäft verhält sich der größere Teil der Produzenten abwartend. Bezahlt wurde dieser Tage 12—15 Milliarden pro Zentner.

#### Weinherbst

Hausen a. d. Jaber, 12. Okt. Vesteren begann die Weinlese allgemein. Die Trauben sind gesund und gut ausgereift. Von dem zu erwartenden Quantum von etwa 1500 Hektoliter wird wohl von den Weingärtnern ein größerer Teil selbst eingelegt. Handel vorwiegend auf Goldmarkbasis.

Schnait i. R., 12. Okt. Die Weinberge stehen überaus gut. In Qualität wird der 23er dem 1921er nicht viel nachstehen, mindestens aber dem 1917er gleichkommen. Der Ertrag wird klein ausfallen. Hier ist nur auf einen Viertelherbst zu rechnen. Bis jetzt kein fester Kauf. Angebote von 250—280 Goldmark wurden gemacht. Das meiste wird eingelagert.

#### Devisenkurse

| Berlin     | 11. Oktober   |              | 12. Oktober   |               |
|------------|---------------|--------------|---------------|---------------|
|            | Geld          | Brief        | Geld          | Brief         |
| Holland    | 1985,25000.0  | 1994,75000.0 | 15561,00000.0 | 15689,00000.0 |
| Belgien    | 259350000.—   | 2,0650000.—  | 9,487500.—    | 205512000.—   |
| Norwegen   | 784035000.—   | 7879,5000.—  | 618450000.—   | 621550000.—   |
| Dänemark   | 8937,0000.—   | 898240000.—  | 698250000.—   | 701750000.—   |
| Schweden   | 1332660000.0  | 1339340000.0 | 1045380000.0  | 1050620000.0  |
| Italien    | 229425000.—   | 230575000.—  | 179550000.—   | 180450000.—   |
| London     | 22942500000.0 | 23,5750000.0 | 17955000000.0 | 18045000000.0 |
| Newyork    | 5047350000.0  | 5072650000.0 | 3990000000.0  | 4010000000.0  |
| Paris      | 355235000.—   | 306765000.—  | 239409000.—   | 240800000.—   |
| Schweiz    | 908735000.—   | 908265000.—  | 70,225000.—   | 711775000.—   |
| Spanien    | 678300000.—   | 6,1700000.—  | 534660000.—   | 537340000.—   |
| D.-Osterr. | 71820.—       | 72180.—      | 55461.—       | 55739.—       |
| Prag       | 151620000.—   | 152380000.—  | 117705000.—   | 118295000.—   |
| Ungarn     | 269325.—      | 270675.—     | 209475.—      | 210525.—      |
| Frankf.    | 498750000.—   | 501250000.—  | 1278800000.0  | 1283200000.0  |
| Tohio      | 2478800000.0  | 2486200000.0 | 1970062500.0  | 1979937500.0  |

Reichsgoldanleihe 3,8 Milliarden (3,3).

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 14. Oktober 1923. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Predigt: Stadtvicar Reidel. 1 Uhr Christenlehre (Söhne): Derselbe. Die Bibelstunde fällt aus.

Kath. Gottesdienst Sonntag, 14. Oktober 1923. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Predigt und Amt. Während der Woche keine hl. Messe. Kommunion: Sonntag vor dem Amt.

### Bekanntmachung

betr. Kassentage beim Ortssteueramt Wildbad.

Die Dienststunden des Ortssteueramts Wildbad werden auf

jeden Dienstag und Freitag von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags

festgesetzt. An den übrigen Wochentagen bleibt das Ortssteueramt geschlossen.

Neuenbürg, den 12. Oktober 1923.

Finanzamt.

## Enzthalbank Komm.-Ges. Häberle u. Co. Wildbad.

Besorgung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Wir vergüten an Zinsen z. Zt.:

Für Depositeneinlagen a. 1/2 jährl. Kündigung 45% p. a.  
a. 1 monatl. „ 36% p. a.  
auf Scheck-Konto 30% p. a.



Die Mitglieder werden hiermit von den ergangenen Einladungen zu den Hochzeitsfeiern unserer Sportskameraden Hermann Hammer, früherer Rechtsaußen und Karl Wildbrett, ehemaliger Linksaußen, in Kenntnis gesetzt.

Um einer Zerstreuung der Mitglieder vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß beim rechten Flügel begonnen wird und zwar mit Rücksicht auf die Spieler möglichst frühzeitig (1/8 Uhr).

Der Vorstand.

2—3 Zentner Most-Obst

werden zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.



HAMBURG-AMERIKA LINIE  
UNITED AMERICAN LINES  
Nach  
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA  
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende II. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. — Sämtliche Saloon- u. Kabinenleiter.

Etwa wöchentl. Abfahrten von HAMBURG nach NEWYORK  
Ankünfte a. Drackachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter bei

Wildbad:  
Chr. Schmid & Sohn  
Kg.-Karlstr. 68 Fernruf 85  
Cig.-Groß- u. Kleinw. - Exp.  
Reisegepäckvers. d. Europ.  
Reisegepäck-Versichd. A.-G.

## Linden-Lichtspiele.

Sonntag nachm. 4 Uhr und abends. 9 Uhr,  
Montag abend halb 9 Uhr

Das Riesen-Sensations-Programm:

12 Akte! In der Hauptrolle EDDIE POLO 12 Akte!

„SEPIRATEN“

6 Episoden, 36 Akte.

3. Teil: „Opfer der Piraten“

„Mit Büchse und Lasso“

6 Episoden, 34 Akte.

3. Teil: „Gegen Haß und Neid“

In Vorbereitung:

4. Teil: „Das Siegel des Satans“

4. Teil: „Das Antlitz des Todes“

## Preiswert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in steigendem Maße der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

## Bersil das unübertroffene Waschmittel

Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bester Anwendungseigenschaft. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonender Behandlung eine tadellose Wäsche. Bersil soll heiß sein und ohne Zusatz verwandt werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.

Ein Versuch lohnt!

## Suche Leghühner

sowie Enten und Gänse zu kaufen.

Osw. Jüptner Badhotel.

## Haus

in guter Lage sucht gegen wertbeständige Bezahlung zu kaufen.

Karl Niehle, Saulgau. Genaue Angebote mit Friedenswert erwünscht.

